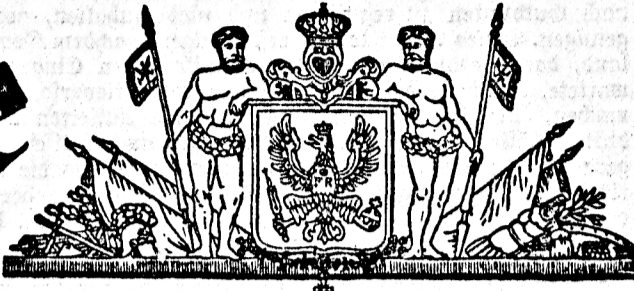


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Anst. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11862. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Scharfes Vorgehen gegen den Polenputsch.

### Erklärungen de Martinis.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.  
Breslau, 3. Mai.

Korfanis „Oberschlesische Grenzzeitung“ hatte heute morgen einen Triumphruf losgelassen, aus dem sich deutlich ergibt, welche Hoffnungen die Urheber des verbrecherischen Unternehmens hegen:

„Das ganze ober-schlesische Industriegebiet ist in polnischen Händen. Überall herrscht Ruhe und Ordnung. Die selbst die Industrieanlagen. Den Sicherheitsdienst in Kattowitz verfehlt die polnische Apo mit weiß-blauen Binden, verstärkt durch Bürger.“

In Wahrheit ist der Putsch, so groß angelegt er war, und so gefährlich er auch jetzt noch aussieht, und so verhängnisvoll seine Folgen für das Land sind, bereits im ersten Anlauf zum Stehen gekommen.

Die Insurgenten haben sich aus den heute früh überrumpelten Städten größtenteils auf die Dörfer zurückgezogen, wo sie sich sammeln. Hier liegt die größte Gefahr für die heutige Nacht, für die man ernste Befürchtungen hegt. Die Verhängung des Belagerungszustandes in den gefährdeten Kreisen, die infolge der gestörten Verbindungen in stundenlangen Abständen, die sich über den ganzen Tag hinzogen, erfolgte, hatte bis jetzt nur in den großen Städten einigermaßen gewirkt. Auf dem Lande herrscht noch jetzt ein unübersehbarer Wirrwarr.

Der derzeitige Vorkämpfer der J. A. R., General de Martini, hat die Versicherung gegeben, daß er scharf durchgreifen werde und hoffe, in drei Tagen den Aufbruch niederzuschlagen. Das Vorgehen der Aufständischen, die, wie bereits gemeldet, zum Teil aus Zivilisten, zum Teil aus polnischen Stoßtruppelern und Gallier-Soldaten sich zusammenschließen, stellt sich als durchaus systematisch dar. Sie sind, wie damals im August-Aufstand, im Halbkreis von Südosten gegen die Städte vorgerückt, haben aber zugleich im Westen die Provinz vom Mutterland durch umfangreiche Brücken-Sprengungen abgeschnitten. Der Eisenbahnverkehr ist auch jetzt in später Abendstunde noch nicht weiter in Gang gekommen. Er besteht im wesentlichen nur noch in einem Pendelverkehr zwischen Kattowitz und Oppeln, der heute mittag frei wurde, sowie zwischen Kreuzburg und Breslau. Die Polen halten einen Pendelverkehr zwischen Schöppinich und Neudorff aufrecht.

In den Städten der Kreise Beuthen, Kattowitz und Tarnowitz herrscht zurzeit Ruhe, jedoch ist die Erregung der deutschen Bevölkerung groß. Hoffentlich gelingt es den deutschen amtlichen Stellen, die Waffen auch weiterhin in der Hand zu behalten, um nicht den polnischen Truppen jenseits der Grenze einen Vorwand zu einem Einmarsch zu geben. Sehr zahlreich sind die Flüchtlinge, die von allen Seiten, besonders aus den östlichen Grenzgebieten, eintreffen.

### Fortschreitende Säuberung.

Breslau, 3. Mai.

In den letzten Abendstunden liefen hier über die Vorgänge in Oberschlesien noch folgende Meldungen ein:

Die Laurahütte in Siemianowitz war heute früh von den Polen besetzt worden. Gegen 1 Uhr mittags umzingelten französische Truppen den Ort und säuberten ihn nach Proklamation des Belagerungszustandes. In ähnlicher Weise wurde Tarnowitz von französischer Kavallerie gesäubert.

In Beuthen versuchten um 7 Uhr einzelne polnische Stoßtruppen wieder in die Straßen der Stadt einzudringen. Sie wurden ebenfalls von den französischen Truppen, die die Hauptstraßen in Kolonnen mit aufgeflossenen Bajonetts durchstreiften, vertrieben.

Aus Kattowitz wird nachträglich von heute vormittag ein beachtender Vorfall gemeldet: Dort stellte der polnische Kommandant der Insurgentenschär, die Kattowitz einige Stunden besetzt hielt, an den französischen Kreisinspektor Oberst Harbison ein Ultimatum und verlangte sofort den Abzug der französischen Truppen. Der französische Oberst antwortete mit einem Gegenultimatum, in dem er zugleich die standrechtliche Erschießung jedes Insurgenten, der mit einer Waffe in der Hand angetroffen würde, androhte. Darauf verließen die Insurgenten die Stadt.

Aus dem Kreis Pleß läuft die erfreuliche Mitteilung ein, daß dort infolge des Vorgehens der italienischen Besatzungstruppen die Putschisten eine völlige Niederlage erlitten haben. Der Stadt- und Landkreis sind zur Stunde mit Ausnahme von einigen Ortsteilen von den Putschisten geräumt. Der lokale Eisenbahnver-

kehr in Pleß wird in beschränktem Umfange aufrechterhalten. Der Kommandeur der italienischen Truppen, ein Major, ist durch einen Bruchschuß tödlich verletzt. Es wird beabsichtigt, in Pleß eine Bürgerwehr aus zuverlässigen Elementen zusammenzustellen und diese zu bewaffnen.

Breslau, 3. Mai.

Eine schwere Bluttat wird aus Antonienhütte bei Kattowitz gemeldet. Dort erklärten polnische Insurgenten mit Maschinengewehren die Polizeistation. Die Gendarmerie erwiderte sich drei Stunden lang, dann ging ihr die Munition aus. Sie ergab sich und wurde beim Verlassen des Gebäudes niedergewehelt. Wieviele Polizisten dabei ums Leben gekommen sind, steht noch nicht fest.

Im Kreise Lublitz sind zwei italienische Offiziere auf der Landstraße ermordet worden. Die Meldung von der Ermordung

## Direkte Vorschläge?

Kabinett und Parteien.

Das Reichskabinett hat gestern eine mehrstündige Sitzung abgehalten, die eine Unterbrechung erfuhr durch die Erklärung des Außenministers Dr. Simons, die er im Plenum des Reichstages über den polnischen Aufstand in Oberschlesien abgab. (Siehe 4. Seite.) Der Inhalt dieser Erklärung ist anscheinend kurz vorher im Kabinett besprochen und festgelegt worden. Nach der Plenarberatung des Reichstages setzte das Reichskabinett seine Beratungen fort, die nunmehr der durch die ablehnende Antwort aus Washington geschaffenen außenpolitischen Situation galten. Offiziell wurde über diese Sitzung folgende Mitteilung ausgegeben:

„Das Reichskabinett hat heute die außen- und innerpolitische Lage auf Grund des vorliegenden zu einer endgültigen Beurteilung noch nicht ausreichenden Nachrichtenmaterials durchgesprochen. Die Besprechung wird morgen früh fortgesetzt.“

Wir erfahren dazu, daß diese Besprechung auf 9 Uhr festgesetzt ist, also eine Stunde vor der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses stattfinden wird, und daß zu ihr auch die Führer der Regierungsparteien eingeladen worden sind. Aus der Tatsache, daß die Parteiführer an der Kabinettsitzung teilnehmen sollen, wurde gestern abend in parlamentarischen Kreisen der Schluß gezogen, daß es sich nicht lediglich um die Frage handelt, ob die deutsche Regierung dem in der Antwort der amerikanischen Regierung gegebenen Rat Folge leisten soll, „sofort den alliierten Regierungen klare, bestimmte, zweckentsprechende Vorschläge unmittelbar zu machen“, sondern auch um die Frage, ob die Entscheidung darüber von dem gegenwärtigen Kabinett getroffen werden soll oder nicht. Man nahm gestern abend an, daß die seit längerer Zeit latente Regierungskrise in ein akutes Stadium getreten ist. Inwiefern diese Vermutung zutrifft, bleibt abzuwarten.

des Direktors der „Preußen“-Grube in Mieschowitz, Anoz, bekräftigt sich.

## Die Eisenbahnerstörungen.

Der Minister des Inneren hat in der gestrigen Reichstags-sitzung darauf aufmerksam gemacht, daß die umfangreichen Sprengungen von Eisenbahnbrücken durch die polnischen Vandalen auf einen einheitlichen Plan hindeuten. Ueber die Brückensprengung der großen Eisenbahnbrücke kurz vor Oppeln erfahren wir noch folgendes:

Kurz vor der Sprengung kamen einige Polen unter Führung eines polnischen Apobeamten in Uniform an die Brücke heran. Der Apobeamte machte den Brückenposten unschädlich, während die anderen den Übergang sprengten. Auf die Signale der übrigen Brückenwächter eilte eine Streife von 50 Mann Abstützungspolizei unter Führung eines englischen Offiziers hinzu. Es gelang ihnen nicht mehr, die Täter festzunehmen.

Weiter werden folgende Einzelheiten gemeldet: Auf der Strecke Oppeln-Karlsmarkt ist eine Eisenbahnbrücke, auf der Strecke Oppeln-Brieg sind zwei Eisenbahnbrücken zerstört, ebenso auf der Strecke Neustadt-Nasselwitz. Auch aus der Gegend von Ratibor wird die Sprengung von zwei Eisenbahnbrücken gemeldet.

\*

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat in der gestrigen Reichstags-sitzung eine Erklärung über die Lage in Oberschlesien abgegeben, die unsere Leser auf der vierten Seite des Blattes finden.

## Die amerikanische Vermittlung.

Das Londoner Diktat.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat es abgelehnt, die deutschen Reparationsvorschläge an die Alliierten weiterzugeben, und gleichzeitig Deutschland auf den Weg der direkten Aussprache mit seinen Gläubigern verwiesen. Die Tatsache, daß diese Antwort eine Woche lang nach der Ueberreichung der deutschen Vorschläge auf sich warten ließ, hatte in Deutschland bereits Hoffnungen erweckt, die sich nun als verfehlt erwiesen haben. So sehr das begreiflicherweise in weiten deutschen Kreisen enttäuscht wird, so würde man doch der Regierung der Vereinigten Staaten Unrecht tun, wenn man ihre Haltung als widerspruchsvoll bezeichnen und einen Gegensatz zwischen ihrer vorher geäußerten Bereitwilligkeit zur Weitergabe deutscher Vorschläge und ihrer jetzigen Ablehnung herauslesen wollte. In beiden Fällen hat die amerikanische Regierung vielmehr so gehandelt, wie die Interessen und politischen Beziehungen des eigenen Landes es ihr vorgeschrieben haben.

Die Stellung Amerikas zur Reparationsfrage weicht von derjenigen Frankreichs sowohl wie auch von der Englands ab. Die französische Politik in dieser Frage ist, wie hier schon beleuchtet wurde, in erster Linie durch die Bedürfnisse der eigenen Wirtschaft und durch den drohenden Zusammenbruch der eigenen Finanzen diktiert. Die englische Reparationspolitik hängt mit dem Bestreben der Londoner Regierung zusammen, ein Reparationsprogramm zu verhindern, das schon in sich selbst den Zwang zur Erstarbung der deutschen Produktionsfähigkeit trägt und ist von dem Wunsch getragen, die deutsche Wirtschaft mit möglich größter Freiheit zu kontrollieren und zu regulieren. Ein Teil dieser Erwägungen dürfte auch für die Vereinigten Staaten nicht ohne belang sein, da auch sie — wie England in größerem Maß — europäische Absatzgebiete für ihre Industrie suchen. Aber mehr noch als dieses Interesse, das kaum einen ersten Rang unter den Beweggründen amerikanischer Politik einnimmt, sind die Vereinigten Staaten durch ihre größeren weltpolitischen Interessen auf eine ganz bestimmte und im Wesen negative Stellungnahme zu den europäischen Fragen angewiesen.

Die Politik der Vereinigten Staaten verfolgt seit langem zwei große Ziele: die Aufrechterhaltung einer erweiterten Monroe-Doktrin, darin bestehend, daß der Einfluß europäischer Mächte nicht nur auf das politische Geschehen in den Vereinigten Staaten selbst, sondern auch auf dem ganzen amerikanischen Kontinent völlig ausgeschaltet bleibt; und zweitens die Gewinnung eines maßgebenden Einflusses im Stillen Ozean und in dem als künftiges handelspolitisches Kolonialland betrachteten China. Aus diesen beiden Leitgedanken haben sich die folgenden Konsequenzen der amerikanischen Politik ergeben. Amerika ist, trotz allen gelegentlichen Neigungen auf dem Gebiete der privaten Wirtschaft, vor allem in der ostasiatischen Frage mit England einig; und daraus folgt, daß diese Frage nach der Erledigung der schwebenden europäischen Auseinandersetzungen einen Hauptgegenstand der künftigen Politik bilden wird, daß Amerika und England inwischen in entscheidenden weltpolitischen Fragen einander keine Hindernisse in den Weg legen werden. Die Kriegspolitik der Vereinigten Staaten ist nur aus diesem Gesichtspunkt vollkommen zu verstehen, ebenso wie die Tatsache, daß, gleichgültig, welche Partei in den Vereinigten Staaten am Ruder ist und wie der jeweilige Präsident heißen mag, die Hauptlinien der amerikanischen Politik auch in ihren Konsequenzen auf Europa und auf Deutschland unverrückbar bleiben. Deshalb hat sich mit innerer Notwendigkeit eine amerikanische Mehrheit gefunden, die den Völkerbundsgedanken Wilsons von vornherein ablehnte und dadurch praktisch demonstrierte, daß die persönliche Politik eines einzelnen in Amerika, und sei er auch der Präsident, schwächer ist, als die Politik des nationalen Interesses.

Ebenso wenig aber konnte die Meinungsverschiedenheit zwischen den Vereinigten Staaten und der von England geführten Entente über den Völkerbund zu einem tieferen Zerwürfnis führen. Es hätte deshalb von vornherein nicht angenommen werden sollen, daß diese Meinungsverschiedenheit die Vereinigten Staaten veranlassen könnte, nun auch in anderen Fragen, wie etwa in der Reparationsfrage, den Alliierten ernste Schwierigkeiten zu machen. Die Spannung, die sich in der Nichtunterzeichnung des Versailler Friedens durch Amerika ausdrückte, hat genau so lange gedauert, bis die zu erwartende Einigung in der Völkerbundsfrage erfolgt war.

Das ist nunmehr geschehen; und das Kompromiß, dessen wirkliche Träger die Vereinigten Staaten und England sind, ist nunmehr klar vorgezeichnet. Die Vereinigten Staaten werden zumindest vorläufig dem Völkerbund fernbleiben und für ihre endgültige Entscheidung zunächst abwarten, ob eine ihren Wünschen entsprechende Änderung des Völkerbundsstatuts erfolgt. (Im Büro des Völkerbundes sitzen auch heute noch amerikanische Sekretäre neben denen der anderen Hauptmächte.) Die Vereinigten Staaten sind ferner von jeder Verpflichtung befreit, sich durch Geld- oder Waffenhilfe an der Beseitigung der aus dem Kriege erwachsenen europäischen